

Erwin Mock

Wege kirchlicher Friedensarbeit

Frieden ist ein millionenfach geschändetes Wort, durch Lüge, Verstellung, Mißbrauch, Verdrehung seines Inhalts. Man könnte meinen, daß gerade in der heutigen Zeit Frieden nur eine utopische Hoffnung sei, gegen die alles spricht, die Geschichte unseres Volks, die derzeitige Weltsituation wie die eigene bittere Erfahrung. Mehr als der Frieden ist uns Menschen doch der Kampf vertraut, der Kampf um Sicherheit und Macht, der Kampf um den Platz an der Sonne, der Kampf um das vielbeschworene Eigeninteresse – all das ein ständiger Wechsel von Aggression und Unterdrückung, von Terror und Angst.

Das Friedensthema hat bei uns lange ein Dornröschen-Dasein geführt. Die Umfragen im Vorfeld der Würzburger Synode attestierten zwar den Katholiken in der Bundesrepublik Deutschland, daß sie dem Frieden einen hohen Stellenwert einräumen, einem Frieden, der dabei vorwiegend als „gesicherte, möglichst konfliktfreie Ordnung“ verstanden wurde. Gleichzeitig war die kirchliche Friedensarbeit nur von verhältnismäßig kleinen Gruppen getragen. Vielleicht waren es die „überkommenen Vorstellungen vorgegebener Harmonie und Ordnung, welche die verbreitete Konfliktscheu und den Mangel an Fähigkeiten zum offenen Austragen verstärkten“, vielleicht aber auch die Erfahrung des Mißbrauchs von „Frieden“ als ideologisch-propagandistisches Schlagwort, das viele mit Recht mißtrauisch machte¹. Die veränderte weltpolitische Situation, die weltweite Besorgnis um das ungeheuerliche Anwachsen der Rüstung, die Zuspitzung der Umwelt- und Energiekrise haben das Friedensthema nun in eine heftige öffentliche Auseinandersetzung in unserer Gesellschaft hineingezogen und zu einer existentiellen Betroffenheit vieler und gerade junger Menschen geführt.

Der Rüstungswettlauf

„Daß trotz eindringlicher Mahnungen (des Zweiten Vatikanischen Konzils, Johannes' XXIII., Pauls VI. und Johannes Pauls I.) und des leidenschaftlichen Ringens zahlreicher Christen der Rüstungswettlauf weltweit fortgesetzt wird, erfüllt uns mit großer Enttäuschung und tiefer Sorge.“ Das betonten die deutschen Bischöfe im Schlußkommuniqué ihrer Frühjahrsvollversammlung 1981. Sie teilen die Sorgen und die wachsende Betroffenheit vieler Menschen angesichts des anhaltenden weltweiten Rüstens. „Es ist ein atomares, biologisches und chemi-

sches Waffenarsenal geschaffen worden, das ganze Völker und Kontinente zu vernichten vermag.“

An dieser Stelle ist es hilfreich, einige Fakten zu nennen, die das Stockholmer Internationale Friedensforschungsinstitut (SIPRI) im Juni 1980 veröffentlicht hat: Im Jahr 1978 wurden in der Welt ca. 400 Milliarden Dollar für Rüstungszwecke ausgegeben. Das entspricht in etwa dem gemeinsamen Bruttosozialprodukt der 65 lateinamerikanischen und afrikanischen Staaten. Im Jahr 1979 waren es über 900 Milliarden Mark – an jedem Tag des Jahres 2,5 Milliarden! Für das Jahr 1981 rechnet man mit über 1000 Milliarden Mark. Bis Ende 1979 wurden insgesamt 1697 Militärsatelliten in Umlaufbahnen geschossen. Das sind drei Viertel aller Satelliten. In den Kernwaffen-Arsenalen liegen heute über 60 000 Atomsprengköpfe. Ihre geballte Explosivkraft entspricht mehr als einer Million Atombomben jenes Typs, der 1945 Hiroshima vernichtet. Die Sowjetunion kann heute jede amerikanische Großstadt über 100 000 Einwohner 28mal, die Vereinigten Staaten können jede sowjetische Großstadt 34mal zerstören. 400 000 Wissenschaftler (das sind 40 Prozent aller Wissenschaftler in der Welt) arbeiten an der Entwicklung neuer Waffen. Für die militärische Forschung werden jährlich 25 Milliarden US-Dollar aufgewendet. Das ist viermal soviel als für die medizinische Forschung.

Dieses massive Zerstörungspotential, das beispiellos in der Geschichte der Menschheit ist, genügt, um die Menschheit mehrmals zu vernichten. „Zum erstenmal seit Jahrzehnten“, so Carl Friedrich von Weizsäcker, „besteht in den 80er Jahren die Gefahr eines großen europäischen Krieges.“²

Der offenkundige Widersinn, ja die Absurdität und Perversität des Rüstungswettkampfs wirft die Frage auf, wie es zu erklären ist, daß trotz erklärtem Abrüstungswillen politischer Entscheidungsträger der Großmächte, eine echte Abrüstung zu verwirklichen, eine Begrenzung der Rüstungsausgaben nicht gelingt. Es gibt im wesentlichen zwei Erklärungsversuche³:

Das Aktion-Reaktion-Modell beruht auf der Basis von Macht und Gegenmacht. In einem System dieser Art sehen die Machtpartner den verlässlichsten Schutz ihrer Sicherheit im Vertrauen in ihre eigene Macht. In diese Machtposition bezieht jeder Machtpartner die Gegenmacht mit ein. Da das Verhältnis der Machtpartner nicht auf Vertrauen basiert, sondern auf der Angst vor der Macht des anderen, ist es für jedes Machtsubjekt durchaus rational, dem anderen in der Anhäufung eigener Machtmittel einen Schritt voraus zu sein: „Stabilisierung durch eigene Überlegenheit.“ Diese Selbstsicherung durch eigene Macht führt daher mit objektiver Gesetzmäßigkeit zum Wettrüsten.

Nach einer zweiten Art von Erklärungsmodellen ist Rüstung ein im wesentlichen von innen gesteuerter Prozeß, der gekennzeichnet ist von der Verflechtung zwischen Militär, Rüstungsindustrie, Bürokratie, Parlament und anderen Interessenverbänden. Mit seinen massiven eigenen Machtinteressen übt er einen erheblichen Einfluß auf das nationale Machtspiel politischer Machträger aus.

Beide Erklärungsversuche müssen wohl herangezogen werden, um das Phänomen des gewaltigen Wettrüstens überhaupt verstehen zu können.

Das Zweite Vatikanische Konzil hat in seiner Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute (Gaudium et spes, Nr. 81) keinen Zweifel daran gelassen, „daß der Rüstungswettlauf, zu dem nicht wenige Nationen ihre Zuflucht nehmen, kein sicherer Weg ist, den Frieden zu sichern, und daß das daraus sich ergebende sogenannte Gleichgewicht kein sicherer und wirklicher Friede ist . . . Der Rüstungswettlauf ist eine der schrecklichsten Wunden der Menschheit, er schädigt unerträglich die Armen. Wenn hier nicht Hilfe geschaffen wird, ist zu befürchten, daß er eines Tages alles tödliche Unheil bringt, wozu er schon jetzt die Mittel bereitstellt.“

In einem Dokument der Päpstlichen Kommission *Justitia et Pax*, das Anfang 1977 im Auftrag des Vatikans vom Vertreter des Papstes bei der UNO den Vereinten Nationen zugeleitet wurde, wird der Rüstungswettlauf in uneingeschränkter Verurteilung am schwersten angeprangert. Dieses Dokument nennt ihn eine Gefahr, eine Ungerechtigkeit, einen Irrtum, ein Vergehen, ja Wahnsinn. „Der Rüstungswettlauf ist in jedem Fall zu einem sich steigernden Prozeß geworden, der unabhängig von Angriffsabsichten seine eigene Dynamik hat und der Kontrolle durch die Staaten entgleitet. Er gleicht einer dem Wahnsinn verfallenen Maschine.“⁴

„Welche skandalöse Angelegenheit das ist, welchen unverantwortlichen und ungeheuerlichen Irrweg wir da gehen“, wie es Bischof Moser formuliert, das machte Papst Johannes Paul II. in seinem Friedensaufruf vom 25. Februar 1981 vor dem Friedensdenkmal in Hiroshima deutlich: „Die fortwährenden Vorbereitungen zum Krieg, auf die die Produktion von immer zahlreicherem, immer stärkeren und komplizierteren Waffen in verschiedenen Ländern hindeutet, zeigen, daß man zum Krieg bereit sein will, und Bereitsein bedeutet in der Lage sein, ihn auch zu provozieren, bedeutet auch, das Risiko auf sich zu nehmen, daß in irgendeinem Augenblick, irgendwo, in irgendeiner Weise jemand den fürchterlichen Mechanismus einer allgemeinen Zerstörung in Bewegung setzen könnte.“

Krieg und Frieden – eine Herausforderung für die Kirche

In der Erklärung der Frühjahrsvollversammlung 1981 der Deutschen Bischofskonferenz wird die Forderung nach allseitiger und gleichzeitiger Abrüstung unter Bezug auf das Zweite Vatikanum und die letzten Päpste eindringlich wiederholt. Gleichzeitig wird betont, daß diese Forderung „in einer tragischen Spannung zur Notwendigkeit der Selbstverteidigung“ steht. Diese Aussage und der anschließende Satz, daß „es gilt, diese Spannung zu erkennen und auszuhalten“, machen deutlich, daß die kirchliche Lehre über Krieg und Frieden auf die neueren

Entwicklungen in sicherheitspolitischen Fragen keine schlüssige Antwort zu geben weiß.

Die Kirche hatte seit Augustinus in der Theorie des gerechten Kriegs bzw., richtiger ausgedrückt, in der Lehre des „zu verantwortenden Kriegs“ eine Problemlösung zur Hand, die jahrhundertelang auf die Frage nach der Vereinbarkeit von Christsein, Kriegsteilnahme und Ausrichtung auf den Frieden eine klare Antwort ermöglichte. Die Bedingungen für einen „gerechten Krieg“ waren u. a.: Alle Mittel der friedlichen Beilegung müssen erschöpft sein; die Abwehr darf nur so lange dauern, bis der Gegner den Angriff aufgibt; die internationalen Gefangenheiten zur „Humanisierung“ des Kriegs (Schutz der Zivilgefangenen, Sorge um die Verwundeten) müssen eingehalten werden; es muß abgewogen werden, ob die Übel, die durch den Krieg unvermeidlich entstehen, nicht größer und schwerwiegender sind als das Unrecht, das abgewehrt werden soll; es muß eine begründete Wahrscheinlichkeit des Erfolgs bestehen: Ohne Siegeschancen kein Krieg. Diese Antwort ist angesichts der leidvollen Erfahrung zweier Weltkriege sowie der Entwicklung moderner Massenvernichtungsmittel heute nicht mehr brauchbar.

Die Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“ des Zweiten Vatikanums markiert in dieser Hinsicht eine theologische Übergangsposition. Einerseits wurde „jede Kriegshandlung, die auf die Vernichtung ganzer Städte oder weiter Gebiete und ihrer Bevölkerung unterschiedslos abstellt“, als ein Verbrechen gegen Gott und die Menschen verurteilt, das „fest und entschieden zu verwerfen“ sei (80), und auch der Rüstungswettlauf als eine der „schrecklichsten Wunden der Menschheit“ bezeichnet, der unerträglich die Armen schädige (81). Daneben aber wurde den Regierenden „das Recht auf sittlich erlaubte Verteidigung“ nicht abgesprochen, „wenn alle Möglichkeiten einer friedlichen Regelung erschöpft sind“ und „so lange es noch keine zuständige internationale Autorität gibt, die mit den entsprechenden Mitteln ausgestattet ist“ (79). Die Päpstliche Kommission Justitia et Pax hat 1976 in ihrem Dokument „Der Heilige Stuhl und die Abrüstung“ unter Bezugnahme auf „Gaudium et spes“ die doppeldeutigen Aussagen dieser Pastoralkonstitution geklärt. Während in „Gaudium et spes“ noch vom „Recht auf sittlich erlaubte Verteidigung“ die Rede ist, wird hier der gewaltfreie Widerstand propagiert: „Wenn der verursachte Schaden in keinem Verhältnis mehr steht zu den Werten, die man zu wahren sieht, ist es besser, Unrecht zu leiden, anstatt sich zu verteidigen.“⁵

Die gegenwärtige Situation in der Kirche ist dadurch gekennzeichnet, daß verschiedene Gruppen von Christen aus Evangelium und kirchlicher Lehre unterschiedliche, ja gegensätzliche Schlußfolgerungen ziehen. Beide können Legitimität beanspruchen: „Insofern die Menschen Sünder sind, droht ihnen die Gefahr des Krieges, und sie wird ihnen drohen bis zur Ankunft Christi. Soweit aber die Menschen sich in Liebe vereinen und so die Sünde überwinden, überwinden sie auch die Gewaltsamkeit“ (Gaudium et spes, 78).

Wenn die Kirche betont, das Abschreckungssystem könne Sicherheit nur mehr für eine vorübergehende Frist gewähren, so deckt sich diese Beurteilung heute durchaus mit Erkenntnissen der politischen Wissenschaften. Wenn es also unbestritten ist, daß durch den waffentechnologischen Wettlauf die Destabilisierung des Abschreckungssystems zunimmt und daß dieser Prozeß gestoppt und umgekehrt werden muß, so wird es Aufgabe vor allem der Moraltheologie sein, die ethische Relevanz einer solchen Beurteilung herauszuarbeiten.

Sicherheit und Abrüstung

In einer Zeit begrenzten Wachstums und zunehmender Verteilungskonflikte, wo die Ausgaben für die militärische Sicherheit notwendigerweise stärker unter Legitimationsdruck geraten, ist gerade die Kirche aufgerufen, „die ihr eigene Friedenskraft zu mobilisieren, indem sie überall für Gerechtigkeit und Frieden eintritt, sich gegen Verletzung der Menschenrechte wendet, wo immer sie geschehen, friedensgefährdende Zustände und Vorgänge beim Namen nennt, zur Kenntnis und Aufarbeitung geschichtlich gewordener nationaler Gegensätze aufruft sowie der Versöhnung, Verständigung und internationaler Zusammenarbeit den Weg bereiten hilft“⁶. Voraussetzungen dafür sind, daß sich die Kirche angesichts der Komplexität der Probleme vor Dilettantismus hütet, sich nicht auf emotionsauslösende Schlagworte beschränkt oder einzelne Bereiche aus einem politischen Gesamtzusammenhang isoliert. Appelle ohne Analyse nützen hier nur wenig. Gerade die Kirche und die Christen müßten daran interessiert sein, daß sicherheitspolitische Probleme in einer breiten Öffentlichkeit möglichst sachkundig und umfassend diskutiert werden. Nichts schadet dieser Sache mehr als die weit verbreitete Tabuisierung und die verständliche Berührungsangst.

Damit stellt sich dann auch das Problem, inwieweit die Kirche jenseits der Alternative von vollständigem Rüstungsverzicht oder kritikloser Legitimierung des faktischen Rüstungswettkaufs sich mit konkreten Vorschlägen zur militärischen Sicherheit und zur Abrüstung zu Wort melden sollte oder kann. In den letzten Jahren schälen sich drei Grundpositionen heraus, die in Berufung auf die Bergpredigt eine Antwort auf die Herausforderung des Weltwettrüstens zu geben und Wege zur Sicherung des Friedens herauszufinden versuchen⁷.

Die erste Position sieht diese von der Bergpredigt geforderte Alternative zum sinnlosen, weltweiten Wettrüsten im Verzicht auf den Schutz militärischer Rüstung und im Engagement für den Aufbau einer sozialen Landesverteidigung: als Einsatz gewaltfreier Kampftechniken gegen illegale Machtergreifung von außen. Den gordischen Knoten mit einem Streich lösen will vor allem die Aktion „Ohne Rüstung leben“, die gefordert hat: „Wir bitten unsere Bischöfe, Kirchenleitungen und Synoden, öffentlich zu erklären, daß sie den Krieg verwerfen und daß

die Verwerfung des Krieges diese Konsequenzen hat: Einstellen der militärischen Droh- und Abschreckungspolitik, Beendigung aller Rüstungsmaßnahmen, Verweigerung des Kriegsdienstes.⁸ Der ersten Position „Ohne Rüstung leben“ wird mit dem schon oben erörterten Argument entgegengetreten, daß Gewaltfreiheit den Gegner zur Gewalt provozieren könnte. Durch einseitige Abrüstung werde anderen die Aussicht eröffnet, mit überlegener Rüstung ohne eigenes Risiko immer mehr Macht und Besitz durch politische Erpressung oder militärische Gewalt zu erwerben. Die Parole „Ohne Rüstung leben“ dient da nicht der Bekämpfung, sondern der Stärkung militaristischer Praktiken in der Weltpolitik.

Die zweite Position betont, daß die Weisungen der Bergpredigt nicht als ein neues Gesetz verstanden werden dürfen, das in jedem Fall den Christen die Wehrlosigkeit, das immer erneute Nachgeben, die tatenlose Duldung offenkundigen Unrechts oder gar des Mordes zur Pflicht machen würde. Das fünfte Gebot verbiete nicht nur den Mord, sondern es gebiete auch den – notfalls bewaffneten – Schutz des Lebens, der grundlegenden Menschenrechte und der Freiheit. Diese Position vertritt konsequenterweise die Forderung nach einer gleichzeitig-gleichwerten Abrüstung, hält die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts militärischer Macht in dem Umfang für unerlässlich, wie es nötig ist, um jeden politischen Gewaltakt zu einem unkalkulierbaren Risiko zu machen.

Die dritte Position versucht – im Ernsthnehmen des Hauptarguments der zweiten Position gegen die erste – die zweite Position weiterzuentwickeln und einen dritten Weg zu weisen. Sie geht vor allem davon aus, daß aufgrund der Logik eines Machtsystems eine gleichgewichtig-gleichzeitige Abrüstung nicht nur nicht möglich sei, sondern daß diese Logik gerade die Hauptursache für das Weltwettrüsten bilde: Stabilisierung durch eigene Überlegenheit. In einer persönlichen Botschaft an die UNO stellt Papst Paul VI. ja fest: „Die immanente Logik bei der Suche nach einem Gleichgewicht der Kräfte treibt jede der beiden feindlichen Seiten dazu, nach einer gewissen Überlegenheit zu streben.“⁹ Die immanente Logik des Rüstungswettkampfs kann nach Meinung der Vertreter der dritten Position aber nur aufgebrochen werden, wenn man aufhört, nach Überlegenheit zu streben. Wegen der Unmöglichkeit, die Gleichgewichtigkeit der Macht und die Absicht der Gegenseite genau festzustellen, heißt dies konkret: Der Ausbruch aus dem Rüstungswettkampf setzt voraus, daß man zu einseitigen Vorleistungen bereit ist. Zur Realisierung werden eine Anzahl von Maßnahmen genannt: 1. Nicht totale Abrüstung, sondern nur ein erster, kalkulierter Schritt – bei Aufrechterhaltung einer Zweitschlagskapazität, 2. voller Ausbau der sozialen Landesverteidigung, 3. internationale diplomatische Maßnahmen und 4. Einwirkungen auf die Bevölkerung der Gegenseite.

Die Vertreter der dritten Position machen auch die Gegenprobe auf, das heißt, sie nennen den jeweils denkbar schlimmsten Fall: Sollten alle vorgeschlagenen Maßnahmen nicht greifen, könne es bei der dritten Position zu einer defensiven Besetzung Westeuropas kommen. Und nur im Sinn einer bis ins letzte gehenden

Selbstkritik betont sie: Im allerschlimmsten Fall sei es immer noch besser, sich von innen her mit gewaltfreien Mitteln gegen Ungerechtigkeit und Lüge zu wehren, als selber ein Verbrechen gegen Gott und die Menschen zu begehen.

Die Gegenprobe der zweiten Position würde nach Meinung der Vertreter der dritten aber lauten: 1. die Rechtfertigung der Rüstung angesichts von Millionen von Hungertoten, 2. die Rechtfertigung der Rüstung angesichts der ernsten Gefahr des Zusammenbruchs des ökologischen Systems aufgrund des weltweiten exponentiellen Wirtschaftswachstums, 3. die Rechtfertigung der Rüstung angesichts der in Worten kaum faßbaren Folgen eines regionalen bzw. weltweiten Atomkriegs mit Tod, Siechtum, Hunger von Hunderten von Millionen Menschen.

Einige ernstzunehmende katholische Wissenschaftler versuchen, aus dem berechtigten Sicherheitsdilemma, in dem uns die zweite und die dritte Position beläßt, einen Ausweg zu suchen. Ernst-Otto Czempel meint dabei, das Interesse an allseitiger Stabilisierung müsse auf neues Verhalten ausgerichtet sein. Der anderen Seite sollte ein konkreter Anreiz für eine Trendumkehr gegeben werden. Franz Böckle verweist auf den Kern der christlichen Botschaft, die gleichzeitig eine Botschaft über den Menschen, seine Gefallenheit, aber auch seine Würde enthalte. Im christlichen Menschenbild liege durchaus die Grundlage für politisches Handeln. Ob ich im Menschen nur den Wolf sehe oder auch den Bruder in Christus, das habe in jedem Fall Konsequenzen für die Sicherheitspolitik. In der wölfischen Gesinnung stecke das Denken nach Überlegenheit; im anthropologischen Ansatz christlicher Tradition heiße es jedoch, den anderen ernst nehmen, mit ihm verhandeln, mit ihm diskutieren¹⁰.

Welche Wege sich immer als gangbar erweisen werden, gerade diese existentiellen Fragen von Frieden und Sicherheit muß man grundsätzlich friedlich miteinander lösen. Zwei Stellungnahmen der letzten Zeit, die das bekräftigen, seien in diesem Zusammenhang zitiert: „Man darf nicht jede Art von Pazifismus als Kommunismusverdächtig abtun, genausowenig darf man den, der ein ausgewogenes Gleichgewicht der Kräfte fordert, als Kriegstreiber abstempeln“ (Prälat Homeyer). „Als Christ wünschte ich mir, daß in dieser ganzen Diskussion mehr Toleranz herrscht“ (Konteradmiral Wellershoff)¹¹.

Wege zum Frieden

Die letzten Päpste wurden nicht müde, darauf hinzuweisen, daß Frieden nicht einfach im Schweigen der Waffen besteht und nicht im immer schwankenden Gleichgewicht der Kräfte. Er muß Tag für Tag aufgebaut werden mit dem Ziel einer von Gott gewollten Ordnung, die eine vollkommenere Gerechtigkeit unter den Menschen herbeiführt. Dem Nord-Süd-Konflikt beispielsweise als Ausdruck der Gefährdung von Frieden durch Armut, durch Ungerechtigkeiten, durch

strukturelle Gewalt, die in den Sozialkatastrophen der Dritten Welt täglich Hekatomben Opfer fordert, ist mit militärischen Mitteln nicht beizukommen. Millionen Menschen leiden dort unter anderen Formen offener und versteckter Gewalt, die sich in Unterdrückung, Ausbeutung oder Verweigerung existentieller Lebensbedingungen äußern. Papst Paul VI. hat in seiner Enzyklika „Populorum Progressio“ nicht umsonst „Entwicklung“ den „neuen Namen für Frieden“ genannt. Er wollte die begüterten Nationen und uns Christen im reichen Europa in die Pflicht nehmen, indem er an unsere Solidarität und Brüderlichkeit gegenüber den Armen in der Dritten Welt appellierte: „Die zwischen den Völkern bestehenden übergroßen Unterschiede der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse wie auch der Lehrmeinungen sind dazu angetan, Eifersucht und Uneinigkeit hervorzurufen, und gefährden so immer wieder den Frieden“ (Nr. 76). Wer teilt, trägt bei zur Entwicklung eines weltweiten menschenwürdigen Lebens. Im brüderlichen Teilen mit dem fernen Bruder gehen wir sehr konkrete Schritte des Friedens.

In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß die eigentliche Tragik der letzten Jahre darin liegt, daß die sogenannten Entwicklungsländer mehr und mehr zu Aufmarschplätzen der Blöcke in Ost und West werden, die dort versuchen, ihren Einfluß und ihre Interessen zu sichern. Der bloß einseitige Wirtschaftsaustausch – Rohstoffe gegen Fertigprodukte – verhindert wirkliche Entwicklung, und die Bezahlung von Rohstofflieferungen mit Waffen heizt die militärischen Spannungen auf. Nicht selten dienen ja diese Waffen innerhalb der Länder nur dem Zweck, Strukturen sozialer Ungerechtigkeit aufrechtzuerhalten.

Ein weiteres friedensgefährdendes Problem, das nicht mit Mitteln militärischer Sicherheitspolitik gelöst werden kann, liegt in der zunehmenden Verknappung von Ressourcen (Rohstoffe, Energie, Nahrung, Wasser, Luft). Hier liegt für die Zukunft unserer Welt ungeheurer Sprengstoff. Hier wird deutlich, daß Entwicklung als internationale soziale Frage etwas mit dem sozialen und politischen Frieden in der Dritten Welt und bei uns zu tun hat. Frieden in diesem Kontext kann für uns und die kommenden Generationen nur erhalten werden, wenn die Chancen für menschenwürdige Lebensbedingungen gerechter verteilt werden und wenn wir unsere Lebensansprüche zurückstecken. Die bisherige maximale Ausnützung und der ungehemmte Verbrauch der nichtregenerierbaren Ressourcen der Erde erzeugen, wenn sie nicht gebremst werden, soziale und politische Konflikte, die sich durch weiteres Wachstum nicht mehr beheben lassen.

Christen können aber durch einen auf Konsumverzicht und Askese beruhenden Lebensstil wichtige Impulse setzen, um bei Wahrung einer gerechten Lastenverteilung Lösungen möglich zu machen. Eine auf Gewaltlosigkeit und Verzicht hinzielende Lebenspraxis einzelner ist als echter Beitrag zum Frieden zu werten.

Für Menschen, die den Zweiten Weltkrieg erlebt haben, bedeutet Frieden vor allem „nie mehr Krieg“. Für jene Generation von Frauen und Männern hingegen, die keinen Waffenkrieg mitgemacht haben, die aber die zerstörerischen Folgen

dieser Auseinandersetzungen wahrnehmen, herrscht erst dann in einem positiven Sinn Frieden, wenn alle Formen von angst- und gewaltfördernden Mechanismen gestoppt sind. Der Ruf nach Frieden ist für sie nicht mehr bloß etwas Negatives, ein Zustand von Nicht-mehr-Krieg, sondern weist auf etwas menschlich viel Umfassenderes hin. Der Frieden, der sich mit einer krieglosen Gesellschaft begnügt, kann ja gewaltsam erzwungen und polizeilich durch Angst, durch ein Klima der Verleumdung oder durch Verdächtigungen, Rufmord, Ausnahmezustand und Diktatur aufrechterhalten werden. Frieden ist daher mit den internationalen Abkommen zur Rüstungskontrolle so lange nicht verwirklicht, als Haß, Neid und Feindbilder nicht abgebaut sind. Paul VI. hat mit Recht gesagt, es gebe keine Abrüstung der Waffen, solange es keine Abrüstung der Herzen gebe. Frieden beginne in der immer bedeutsamer werdenden Bewußtseinsbildung auf der Ebene der Gemeinden und in praktischer Friedenserziehung.

Erst wenn die einzelnen Menschen und Gemeinschaften ihre eigene psychische Sicherheit und Furchtlosigkeit stärken, kann die Spirale der aggressionsgefüllten Unsicherheit und Angst vor den anderen Menschen und Gruppen entspannt werden. Die Konflikte in der Familie, in der Schule, am Arbeitsplatz oder zwischen Nationen werden dann nicht mehr nach dem einzigen Lösungsmodell „den Gegner erledigen“ gelöst¹².

ANMERKUNGEN

- ¹ Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik. Beschlüsse der Vollversammlung. Offizielle Gesamtausgabe (Freiburg 1976) 496.
- ² C. F. v. Weizsäcker, Gesprächsbeitrag zum Madrider KEK-Treffen, in: epd Dokumentation 32/80, S. 13.
- ³ Ders., Wege in der Gefahr (München 1976) 140 ff.; H. Büchele, Rüstungswettlauf als Selbstmordprogramm und die Initiative der Gewaltfreiheit, in: Der Vatikan zur Rüstung (Wien 1979) 11 ff.; Pax-Christi-Dokumentation Nr. 4, S. 7.
- ⁴ In: Herder-Korrespondenz 31 (1977) 302. ⁵ Ebd. 303.
- ⁶ Beschuß der Würzburger Synode „Entwicklung und Frieden“, 2.2.2.
- ⁷ Vgl. H. Büchele, Bergpredigt und Gewaltfreiheit, in dieser Zschr. 199 (1981) 637 f.
- ⁸ Herder-Korrespondenz 34 (1980) 629.
- ⁹ Zit. in: Büchele, a. a. O. 638.
- ¹⁰ Aussagen auf einer Konferenz am 6. 7. 1981 in Bonn.
- ¹¹ KNA, 15. 9. und 11. 6. 1981.
- ¹² Vgl. R. Friedli, Frieden wagen. Arbeitsmappe zum Fastenopfer 1981, hrsg. v. Fastenopfer der Schweizer Katholiken (1981) 3.